

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Roger Beckamp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5818 –**

Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt-Land-Flucht bewältigen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, den ländlichen Raum für Familien und Berufseinsteiger attraktiver zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5818 abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2023

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Sandra Weeser
Vorsitzende

Carolin Bachmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Carolin Bachmann

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/5818** wurde in der 89. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. März 2023 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Verkehrsausschuss sowie den Ausschuss für Digitales überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, den ländlichen Raum attraktiver für einheimische Familien und Berufseinsteiger zu machen und dabei insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a) eine verlässliche und kostengünstige digitale Infrastruktur für Wohnungen und Betriebe gleichermaßen zu gewährleisten, vor allem durch den Ausbau der Breitbandversorgung;
 - b) eine auf die Bedürfnisse und Präferenzen von Familien und Arbeitnehmern ausgerichtete Anbindung des ländlichen Raumes an die Städte zu schaffen und dabei eine durchgehende Vernetzung aller Mobilitätsangebote und Verkehrsträger zu ermöglichen;
 - c) die Straßeninfrastruktur für den Güter-, Gewerbe- und Individualverkehr instand zu setzen und auszubauen sowie den Investitionsstau aufzulösen;
 - d) Institutionen und Strukturen für Bildung und Ausbildung zu erhalten und gegebenenfalls zu modernisieren sowie die Digitalisierung des Schulbetriebs wo nötig zu forcieren;
 - e) den Bedarf an speziellen Berufsbildern, wie etwa Landärzten, valide festzustellen und einem etwaigen Mangel durch geeignete Maßnahmen abzuhelpfen;
 - f) durch eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik für die Entschlackung bürokratischer Prozesse, etwa durch die Reduzierung von überbordenden Berichts-, Informations- und Nachweispflichten für Unternehmen zu sorgen, Unternehmensnachfolgen zu erleichtern sowie steuerliche Anreize für die Neuansiedlung von Unternehmen zu setzen;
 - g) gemeinsam mit den Bundesländern und privaten Eigentümern die leerstehenden Wohnungen marktfähig zu machen und diese gegenüber Berufseinsteigern und jungen Familien zu bewerben;
2. im Sinne der Planbarkeit der unter Nummer 1 genannten Forderungen, die Ursachen und Gründe der Abwanderung von den Großstädten in den ländlichen Raum festzustellen;
3. im Sinne der Planbarkeit der unter Nummer 1 genannten Forderungen, das künftige Ausmaß der Abwanderung von den Großstädten in den ländlichen Raum festzustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 34. Sitzung am 29. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 39. Sitzung am 29. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 35. Sitzung am 29. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 59. Sitzung am 29. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 38. Sitzung am 29. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 34. Sitzung am 29. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/5818 in seiner 38. Sitzung am 29. März 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, dass im Antrag zu den Folgen der Massenmigration, zur städtischen Wohnungsnot und zur Stadt-Land-Flucht genau das gefordert werde, was auch Bundesministerin Geywitz fordere: eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, der digitalen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge, um die ländlichen Räume attraktiver zu machen. Dabei kehre sich die Hauptwanderungsrichtung gerade um. Inzwischen überwiege die Stadtflucht. Wohnungsnot, Kriminalität, katastrophale Situationen an Schulen, Vermüllung und gestiegene Mieten trieben die Menschen aus den Städten. Verantwortlich hierfür sei vor allem die Migration. Die naheliegende Lösung für das Problem der städtischen Wohnungsnot sei die Beendigung der Migration.

Die **Fraktion der FDP** widersprach der Ansicht, dass die Flüchtlinge immer die Ursache für egal welches Problem seien. Es sei nicht richtig, dass die Menschen aufs Land zögen, weil sie verdrängt würden. Die Menschen zögen aufs Land, weil das Land in letzter Zeit wieder viel attraktiver geworden sei. Dazu habe der Wandel der Gesellschaft geführt, weil durch Corona mehr Arbeiten von zuhause oder an dritten Orten möglich geworden sei und deshalb viele Menschen nicht jeden Tag zur Arbeit fahren müssten. Es sei richtig, das Land zu entwickeln und das passiere auch. Das sei eine Frage der Verkehrswege, des öffentlichen Nahverkehrs, der Anbindung, der flächendeckenden Digitalisierung, der Kinderbetreuung und der Schulen. Da sei zweifellos noch einiges zu tun. Den Zuzug in die Städte gebe es dennoch weiterhin, weil Städte an vielen Stellen attraktive Möglichkeiten böten, die es auf dem Land nicht gebe. Es gebe Menschen in Not und Deutschland sei verpflichtet, Menschen zu helfen, indem sie entweder temporär oder auch dauerhaft in Deutschland aufgenommen würden. Die regierungstragenden Fraktionen seien dabei, das Einwanderungsgesetz zu ändern und auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Austausch mit Menschen aus anderen Staaten werde bei Überwindung der Nationalstaaten in einer internationalen Welt zunehmen, das sollte positiv gesehen und entsprechend gestaltet werden.

Die **Fraktion der SPD** erinnerte daran, dass der Großteil der im Antrag geforderten Maßnahmen nicht in die Zuständigkeit des Bundes fiel. Ausnahmen seien die Breitbandversorgung und digitale Infrastruktur. Dafür ständen seit 2021 12 Milliarden Euro bereit, die gemeinsam mit den Bundesländern umgesetzt werden müssten. Zu den Gründen, warum Menschen nicht in die ländlichen Gebiete zögen, gehörten auch mangelnde Möglichkeiten, sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren und sich demokratisch einzubringen, solche Strukturen wolle die AfD-Fraktion am liebsten abschaffen. Dem setzten die regierungstragenden Fraktionen ein hervorragendes Demokratiefördergesetz entgegen. Wenn Menschen aus der großen Stadt wegzögen, sei das eher eine Frage von Immobilienspekulation und Bodenpreisspekulation, die die Menschen verdrängten, aber auch von veränderten Lebenswelten, die ein neues Leben auf dem Lande ermöglichten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass im Antrag die beiden Bewegungen Flucht von der Stadt aufs Land und umgekehrt mit nicht nachvollziehbaren Begründungen versehen worden seien. Menschen zögen aufs Land, weil sie die Möglichkeiten des ländlichen Raums sehr zu schätzen gelernt hätten, das liege auch an den digitalen Arbeitsmöglichkeiten. Gleichzeitig gebe es ein Problem mit steigenden Mieten in den urbanen Zentren, gegen das in der Vergangenheit politisch viel zu wenig unternommen worden sei. Die regierungstragenden Fraktionen nähmen sich jetzt des Problems an. Gleichzeitig müsse am Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land gearbeitet werden. Dazu sei bereits die 600 Millionen Euro schwere Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) novelliert worden. Hinzu kämen die Themen Mobilität, Digitalisierung und Nahversorgung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass die Themen Wohnungsnot, städtische Entwicklung und ländliche Entwicklung wichtig seien. Die vorangegangene große Koalition habe sich mit diesen Themen sehr ausführlich beschäftigt. Der Deutschlandatlas sei auf den Weg gebracht worden. Es habe eine Kommission zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben, die auch Ergebnisse erarbeitet hätte. Die derzeitige Bundesregierung sollte das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse ernster nehmen. Der Antrag werde von Migrationsbashing dominiert, Das stehe bereits in der Überschrift und ziehe sich dann durch den ganzen Antrag. Migration sei schuld, die Zuwanderung insgesamt sei schuld. Die AfD-Fraktion habe da nur sehr einfache Antworten gefunden und überhaupt keine Erklärungsansätze.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, es sei sehr schade, das ein richtiges Anliegen, nämlich ländliche Räume wieder attraktiver zu machen, durch so einen Ressentiment geladenen Antrag zunichte gemacht werde. Die Ursachen von Wohnungsnot und Mietsteigerungen lägen in der seit 30 Jahren verfehlten Wohnungspolitik. Es entspreche nicht den Tatsachen, dass die Migranten daran schuld seien. Es sei auch falsch, Menschen in Städten und auf dem Land gegeneinander auszuspielen. Es gebe Leute, die in Städten wohnen wollten, z. B. weil sie dort bleiben wollen, weil sie da selber seit Jahrzehnten arbeiten oder die Familien dort leben, es gebe aber auch Leute, die wollen in die Städte ziehen, u. a. weil diese für verschiedene Lebensstile offener seien. Ländliche Räume wieder attraktiver zu machen, erfordere neben einer besseren Infrastruktur, mehr nachhaltigen Arbeitsplätzen, mehr Bahnstrecken, auch weniger AfD, weil das auch einer der Gründe sei, warum junge Leute Landflucht betrieben.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/5818 abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2023

Carolin Bachmann
Berichterstatlerin

